

27.05.2024 - 08:22 Uhr

GFS-Umfrage 2024: klares Bekenntnis zu allen erneuerbaren Energien, Versorgungssicherheit bleibt prioritär

Aarau (ots) -

Die Schweizer Bevölkerung steht ungebrochen hinter dem Ausbau der erneuerbaren Energien und sieht diesen als Mittel für mehr Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit. Die Resultate der Bevölkerungsumfrage von gfs.bern im Auftrag des VSE zeigen deutlich, dass das Stromgesetz, über das wir am 9. Juni abstimmen, dem Trend in der Bevölkerung entspricht und die richtigen Weichen stellt.

Die Zustimmung der Bevölkerung zur Schweizer Energiepolitik bleibt seit Beginn der Umfrageserie 2022 stabil: 57% sind eher oder sehr mit dem aktuellen Weg einverstanden. Die Förderung von erneuerbaren Energien ist in der Bevölkerung klar erwünscht, weil dies gelebter Klimaschutz ist (77%) und die Schweiz und ihre Energieversorgung weniger abhängig vom Ausland (71%) und von fossilen Energien macht (68%).

Sichere Stromversorgung bleibt oberstes Ziel

Zwischen Versorgungssicherheit, Strompreis und klimaneutraler Energieproduktion geniesst die Versorgungssicherheit auch 2024 oberste Priorität in der Bevölkerung (42%). Dem gegenüber nennen je 29% eine klimaneutrale Energieproduktion bzw. einen bezahlbaren Strompreis als erste Priorität der Stromproduktion. Versorgungssicherheit bleibt in der Bevölkerung also brandaktuell. Eine knappe Mehrheit der Befragten gibt nämlich an, sich um die Versorgungssicherheit in den nächsten zehn Jahren zu sorgen (54%). Die Sorge hängt stark mit der Parteipräferenz zusammen. Um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten, sehen die Befragten mehrheitlich den Staat in der Pflicht. Dabei wird der Ausbau der inländischen Stromproduktion klar gegenüber Energieimporten aus dem Ausland bevorzugt. Das Stromgesetz setzt hier an, indem es den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz fördert.

Überragende Zustimmung für Wasserkraft und PV-Anlagen auf Infrastrukturen, steigende Akzeptanz für Windkraft und alpine Solaranlagen

Beinahe einstimmig als sinnvoll betrachten die Befragten den Ausbau der Solarenergie auf Gebäuden und Fassaden (92%), den Ausbau der Wasserkraft (90%) sowie generell von erneuerbaren Energien in der Schweiz (90%) und die Förderung von Energieeffizienz (90%), um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Auch was den Standort neuer Produktionsanlagen betrifft, herrscht über die Jahre eine stabile Beurteilung. Unumstritten sind PV-Anlagen auf bestehender Infrastruktur (95%) sowie auf Dächern und Fassaden (89%). Auch mit neuen Speicherseen in Gletschervorfeldern ist die Bevölkerung grossmehrheitlich einverstanden (73%). Beachtenswert: Gestiegen ist die Zustimmung zu Anlagen, die direkter in die Natur gebaut werden. Neu befürworten 60% der Befragten Windräder (+4% zum Vorjahr), und neu sind 50% der Befragten mit Solaranlagen in den Bergen und auf freien Wiesen einverstanden (+6%).

Das Stromgesetz fördert den Ausbau all dieser Produktionsanlagen, allen voran die Speicherwasserkraft (16 Wasserkraftprojekt des Runden Tisches) und die Solarenergie auf bestehender Infrastruktur. Mehr als 80% des geplanten Produktionsausbaus werden PV-Anlagen auf bestehenden Dächern und Fassaden sein und somit keinen Eingriff in Natur und Landschaft mit sich bringen. Damit der Ausbau von grossen Wasserkraft-, Windkraft und Solarprojekten rascher vorankommt, müssen die Verfahren beschleunigt werden. Das gilt auch für die Weiterentwicklung und den Ausbau der Netze. Für den Solarexpress braucht es eine Nachfolgelösung über 2025 hinaus.

Kein klares Bild betreffend Strompreis und Landschaftsschutz: Stromgesetz trägt dieser Ambivalenz Rechnung

Was den Strompreis und den Umweltschutz betrifft, ergibt sich kein klares Bild. Einerseits gibt eine Mehrheit an, dass die Energiewende rascher und unabhängig der Kosten vollzogen werden soll. Andererseits darf laut einer Mehrheit der Aufbau einer nachhaltigen Energieproduktion den Strom nicht massiv verteuern. Weiter ist eine Mehrheit damit einverstanden, dass der Ausbau nicht auf Kosten des Landschaftsschutzes geschehen soll. Jedoch gibt es auch eine knappe Mehrheit, die sich auf den Standpunkt stellt, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden sollen, auch wenn Abstriche beim Umweltschutz nötig sind.

Das Stromgesetz trägt sowohl den Kosten- als auch den Umweltbewussten Rechnung und nimmt auch auf den Wunsch Rücksicht, die Schweizer Stromversorgung unabhängiger vom Ausland zu machen. Denn es bringt mehr sicheren Schweizer Strom aus erneuerbaren Energien, regelt explizit, wo neue Stromproduktionsanlagen gebaut werden sollen und wo nicht, trägt so Umwelt- und Landschaftsschutzinteressen gebührend Rechnung und macht den Stromlieferanten Vorgaben, die zu stabileren Strompreisen in der Grundversorgung führen sollen.

Offene Haltung gegenüber Stromabkommen und Marktöffnung, grosses Vertrauen in die Stromversorger

Noch keine gesicherte Meinung hat die Bevölkerung zum Stromabkommen, wobei man ein solches grundsätzlich befürwortet.

Knapp mehrheitsfähig ist gemäss Umfrage eine vollständige Öffnung des Strommarktes. Trotz potenziell freier Wahl des Stromlieferanten gibt der überwiegende Teil an, (sehr) wahrscheinlich beim aktuellen Grundversorger zu bleiben. Dies wegen der Zufriedenheit mit Service und Leistung sowie der Verbundenheit mit dem lokalen Lieferanten.

Konsens für den Weiterbetrieb bestehender Kernkraftwerke, Ambivalenz bezüglich neuer KKW

Über 70% der Bevölkerung ist der Ansicht, dass die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke möglichst maximiert werden soll, auch wenn dazu Geld vom Bund nötig ist. Das ist ein klares Signal an die Politik. Bezüglich neuer KKW ist die Bevölkerung ambivalent. Eine Mehrheit der Bevölkerung findet zwar, über neue KKW nachzudenken missachte den Volkswillen, während eine andere Mehrheit der Ansicht ist, dass es Technologieoffenheit und nukleare Energie braucht, wenn die Schweiz sicheren und sauberen Strom will.

Stromgesetz entspricht dem Trend in der Bevölkerung

Die Umfrageresultate zeigen deutlich, dass das Stromgesetz die richtigen Weichen stellt. VSE Direktor Michael Frank: "Es entspricht klar dem Trend in der Bevölkerung, indem es Lösungen für die Versorgungssicherheit für die nächsten 5 bis 15 Jahre bringt, uns unabhängiger von Energieimporten aus dem Ausland macht und mehr Schweizer Strom aus allen erneuerbaren Energien ermöglicht.". Die Resultate machen zudem deutlich, dass die Meinungen zu neuen KKW und zu einem Stromabkommen inkl. Strommarktöffnung noch nicht gemacht sind. "Umso mehr müssen wir diese Diskussionen konstruktiv und ohne Scheuklappen führen", sagt Michael Frank.

Zur Umfrage

- [Cockpit von gfs.bern](#)
- [Schlussbericht von gfs.bern](#)

Pressekontakt:

Claudia Egli, Leiterin Kommunikation
Tel. +41 62 825 25 30, claudia.egli@strom.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003757/100919781> abgerufen werden.